

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 99 (1966)
Heft: 12

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Berner Schulblatt L'Ecole Bernoise

2. Es

344

I2

Organ des Bernischen Lehrervereins
99. Jahrgang, Bern, 19. März 1966

Organe de la Société des instituteurs bernois
99^e année, Berne, 19 mars 1966

Redaktion: Hans Adam, Oberlehrer, Olivenweg 8,
3018 Bern/Postfach, Telefon 031 · 66 03 17
Sekretariat des Bernischen Lehrervereins:
3011 Bern, Brunngasse 16, Telefon 031 · 22 34 16

Rédaction pour la partie française: Dr René Baumgartner,
chemin des Adelles 22, 2800 Delémont, tél. 066 · 2 17 85
Secrétariat de la Société des instituteurs bernois:
3011 Berne, Brunngasse 16, téléphone 031 · 22 34 16

3

doch jetzt kommt noch die Sonne zwischen den
Bergen cho Fürenkucken Hinter den Wolken Scheinen die
Schtralen in unsere Stubenn Wirt es klei Hell
ter Schatten kommt nicht mer cho ter Hammel-
mann machen Sonten er verschwindet die Schtra-
sse Wirt langsam troch jetzt wirt es nicht mer von den
Auto Schbrizen und die Schneebergen Glizerz und
glänzen. und zkatli List Am Fenster bei der Sonne.
und das Brimmeli Lachet uf dem Serwiertbai vor
Freude die Sonne isch halt eh freut und
jeze chani A zunne Go Reiflen mit dem
Reif juhui! Heute Am Sonntag ist e-s halt
Schön und Lustig An der Sonne. Aber
Wenn Zunne nit tät Schine so wär zbrimmeli
trurig. Aber jez isch es hümmel trurig es lacht An der
Sonne und freut sich. das isch es guez gägeteil
Am Morge Röge und vom zmitag Bis Am Abe Sonne.

Aus einem Heft eines Erstklässlers, der als Achtjähriger zu Hause ganze Papierbögen und Hefte mit Geschichten und ersonnenen Erzählungen ausfüllte.

W. H.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen und Bücher an die Redaktion. Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunnengasse 16, 3011 Bern, Telefon 031-22 34 16, Postcheck 107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, Lehrer, 3074 Muri bei Bern, Gartenstrasse 6, Telefon 031-52 16 14.

Abonnementspreis per Jahr: Für Nichtmitglieder Fr. 21.— (inkl. «Schulpraxis» Fr. 27.—), halbjährlich Fr. 10.50 (13.50).

Insertionspreis: 28 Rp. die einspaltige Millimeterzeile.

Annoncenregie: Orell Füssli-Annoncen AG, 3001 Bern,

Zeughausgasse 14, Telefon 031-22 21 91, und übrige

Filialen · Druck: Eicher & Co., Bern

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur. Pour les changements d'adresses et les commandes écrire au Secrétariat de la SIB, Brunnengasse 16, 3011 Berne, téléphone 031-22 34 16, chèques postaux 107 Berne.

Prix de l'abonnement par an: pour les non-sociétaires 21 fr. («Schulpraxis» inclus 27 fr.) six mois 10.50 fr. (13.50 fr.)

Annonces: prix des annonces pour la ligne d'un millimètre une colonne 28 ct.

Régie des annonces: Orell Füssli-Annonces SA, 3001 Berne, Zeughausgasse 14, téléphone 031-22 21 91, ainsi que les autres succursales.

Inhalt – Sommaire

Gesetz über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen	183
Aus den Verhandlungen des Grossen Rates.....	184
Kommentiert und kritisiert.....	186
Loi sur la formation du corps enseignant	186
Sekretariat/secrétariat	188

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen der nächsten Nummer müssen spätestens bis *Dienstag, 22. März 1966, 12 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Speicher-gasse 33, Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Offizieller Teil – Partie officielle

Lehrerverein Bern-Stadt des BLV. A. o. Sektionsversammlung am Mittwoch, 23. März, 20.00, Schulwarte, Helvetiaplatz, Bern. Traktanden gemäss der Einladung, die an alle Schulhäuser versandt worden ist.

Section de Moutier de la S.I.B. Assemblée synodale extraordinaire: lundi, 21 mars 1966, à 16 h 45, à l'aula de l'école primaire de Moutier. Sujet: nouvelle loi sur la formation du corps enseignant. a) Information, b) Discussion, c) Prise de position éventuelle.

Nichtoffizieller Teil – Partie non officielle

Lehrerturnverein Burgdorf. Schlossmatt-Turnhalle Burgdorf, Montag, 21. März, 17.00 Geräte; 17.30 Klettern an Stange und Tau. 18.00 Korbball, Volleyball. 19.00 Volleyball-Meisterschaftsspiel LTV Burgdorf-PTT Bern.

Lehrerturnverein Emmental. Primar-Turnhalle Langnau, Dienstag, 22. März letzte Übung. Wiederbeginn nach den Frühlingsferien: Dienstag, 19. April, 17.15.

Lehrergesangsverein Frutigen-Niedersimmental. Probe, Mittwoch, 23. März 1966, 16.15, im Hotel des Alpes, Spiez.

Landkinder im Stadttheater Bern

Wie seit einigen Jahren wurde den Land-Sekundarschulen durch Vermittlung des Inspektorates ermöglicht, mit den zwei obersten Klassen zu bescheidenen Preisen das Stadttheater in Bern zu besuchen.

An zwei Nachmittagen füllten sich die Räume, und die vielen Landkinder, welche wohl zum erstenmal ins Stadttheater kamen, folgten mit grösster Aufmerksamkeit und Disziplin der Molière-Komödie «*Der eingebildete Kranke*». Den mit voller Hingabe arbeitenden Schauspielern, wie auch den Organisatoren danken die Landschüler und hoffen auf weitere solche Einladungen. *n.*

«Einladung zum grossen Sonderflug für die schweizerische Lehrerschaft nach Budapest»

Unter diesem Titel wurden Lehrerinnen und Lehrer des ganzen Landes durch die Berufsreisen-Organisation Hans Imholz, 8036 Zürich, mit einem Prospekt bedient. Wir möchten darauf aufmerksam machen, dass weder der BLV noch der SLV mit dieser Organisation etwas zu tun hat und auch das Adressenmaterial von keinem der beiden Lehrervereine zur Verfügung gestellt wurde. *H. A.*

Buchhandlung Hanns Stauffacher Bern

Neuengasse 25 Telefon 031-22,14 24

Für alle Bücher
in jeder Sprache



Gesetz über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen

(Zur kantonalen Volksabstimmung vom 17. April 1966)

Nachdem die Mitglieder des Kantonalvorstandes des BLV am 4. März 1966 durch den Erziehungsdirektor über die wichtigsten Neuerungen, welche die Gesetzesvorlage bringen wird, orientiert worden sind, wende ich mich auf Ersuchen der Vereinsleitung und im Einvernehmen mit der Erziehungsdirektion an die Lehrerschaft.

Ohne die Absichten des Gesetzgebers und die praktischen Auswirkungen einzelner Bestimmungen genau zu kennen, ist dem neuen Gesetz von gewisser Seite der Kampf allzu voreilig angesagt worden. Sicher mögen unter der Lehrerschaft das Interesse an der Ausbildung ihres Nachwuchses und die Sorge um dessen Rekrutierung Bedenken wachgerufen und Widerstand entfacht haben. Zeitungsmeldungen konnten entnommen werden, dass den Verfassern lediglich der Gesetzestext bekannt war. Sie mochten ahnen, dass die neuen Bestimmungen tiefgreifende Fragen aufwerfen werden. Erst die Erkundigung nach der Vorbereitung der Ausführungsbestimmungen hätte eine sachliche Stellungnahme ermöglicht. Statt dessen wurden Vermutungen laut, Verdächtigungen verbreitet, das ehrliche Bemühen des Gesetzgebers um die Verbesserung der Ausbildung und die Mehrung des Ansehens des Lehrerberufes in Zweifel gezogen. Darob wurden die Fortschritte, welche das neue Gesetz bringen soll, überhaupt nicht gewürdigt. Die Erziehungsdirektion legt deshalb Wert darauf, die Lehrerschaft über die wichtigsten Neuerungen des Gesetzes und über die notwendigen Ausführungsbestimmungen umfassend zu orientieren.

Art. 15: Am Schluss des zweitletzten oder im Verlaufe des letzten Ausbildungsjahres ist eine Prüfung in den wissenschaftlichen und musischen Fächern abzulegen. Sie hat zur Hauptsache vor Beginn der beruflichen Ausbildung im engeren Sinn zu erfolgen. Nach Abschluss der Ausbildung erhalten die Seminarschüler und die Absolventen besonderer Kurse, sofern sie die Prüfung in den wissenschaftlichen, musischen und beruflichen Fächern bestanden haben und vom Seminar empfohlen sind, einen auf zwei Jahre befristeten Wahlfähigkeitsausweis. Die Inhaber dieses Ausweises sind provisorisch wählbar.

Diese Vorschrift möchte in erster Linie eine schärfere Trennung von allgemeiner und eigentlicher Berufsausbildung erreichen. Es ist erwiesen, dass die Seminarschüler durch das Schulehalten mit seiner intensiven Vorbereitungsarbeit stark beansprucht werden. Dies bleibt in vielen Fällen nicht ohne ernste Auswirkungen auf die Leistungen in Fächern, welche der allgemeinen Bildung zu dienen haben. Es versteht sich von selbst, dass der Unterricht in Pädagogik-Psychologie und Methodik wie bisher im zweitletzten Ausbildungsjahr einsetzt, das Schulpraktikum aber vorwiegend im letzten Jahre zu seinem Recht kommen soll. Da in diesem Zeitpunkt die Prüfungen zur Hauptsache abgelegt sein werden, dürften die Seminaristen ohne Belastung durch Prüfungsvorbereitungen für eine ausgedehnte Unterrichtstätigkeit frei werden. Die Erfahrung zeigt, dass das eigentliche Berufskönnen, das Schulehalten, sich mit zunehmender Reife, also im letzten Seminarjahr rascher erwerben lässt als vorher. Damit würde auch für die Lehrer

eine ähnliche Lösung erreicht, wie sie seit Jahren für die Lehrerinnen (und in Pruntrut auch für Lehrer) besteht. Wohl wäre meines Erachtens eine Verlängerung der Ausbildung um ein Jahr erwünscht und nötig, doch wird dies aus psychologischen und sozialen Gründen vorläufig nicht zu verwirklichen sein.

Der Wahlfähigkeitsausweis, welcher für zwei Jahre an die Stelle des Patents tritt, berechtigt die Kandidaten, sich wie Patentierte um freie Lehrstellen zu bewerben. Sie sind provisorisch wählbar, erhalten die gesetzliche Besoldung und müssen nach Auffassung der Erziehungsdirektion bei der Lehrerversicherungskasse versichert werden. Diese Dienstzeit wird für die Ausrichtung der Alterszulagen voll angerechnet. Ein Stellenwechsel ist unter Einhaltung der heute geltenden Kündigungsfristen auch für Inhaber eines Wahlfähigkeitsausweises möglich. Ferner wird nach der neuen Ordnung der Beginn der Ausbildung zum Sekundarlehrer in der Regel wie heute zwei Jahre nach Verlassen des Seminars möglich sein und deshalb mit der Patentierung zusammenfallen.

Wenn auch die neue Regelung vorläufig nur für die Primarlehrerschaft gelten wird, so schliesst dies keineswegs den späteren Einbezug weiterer Lehrerkategorien aus.

Art. 16: ¹ Inhaber des Wahlfähigkeitsausweises erhalten zwei Jahre nach Ausstellung dieses Ausweises das bernische Lehrpatent, wenn sie während zweier Jahre, mindestens jedoch 36 Wochen an einer öffentlichen Schule des Kantons Bern in provisorischer Anstellung oder als Stellvertreter unterrichtet und sich im Schuldienst bewährt haben.

² Verfahren und Organisation der Prüfung nach Art. 15 sowie das Nähere über den Schuldienst nach Art. 16, Abs. 1, ordnet der Grosse Rat durch Dekret. Dieser legt ebenfalls fest, in welchen Fällen von den Bestimmungen nach Art. 15 und Art. 16, Abs. 1 abgegangen werden kann.

Diese Bestimmung ersetzt die heute noch rechtskräftige vierjährige Lehrverpflichtung des alten Gesetzes aus dem Jahre 1875. Da die meisten Lehrer im ersten und zweiten Jahre lange Militärdienste zu leisten haben, können als Mindestanforderung nicht mehr als 36 Wochen Unterrichtstätigkeit vorgeschrieben werden. Von den jungen Lehrerinnen wird erwartet, dass sie unseren Schulen volle zwei Jahre zur Verfügung stehen. Wenn auch die meisten die verlangten 36 Schulwochen schon im ersten Jahre erreicht haben werden, so erfolgt die Aushändigung des Patents trotzdem erst nach Ablauf des zweiten Dienstjahres. Es wird vorkommen, dass Lehrerinnen wegen Heirat oder Wegzuges ins Ausland die Schultätigkeit bereits nach einem Jahr aufgeben. In diesem Falle wird ihnen das Patent zugesichert, jedoch erst ausgehändigt, wenn der Wahlfähigkeitsausweis seine Gültigkeit verliert. Das in Art. 16 angekündigte und im Entwurf vorliegende Dekret wird bestimmen, dass das Patent auch an Kandidaten abgegeben wird, welche durch Militärdienst, Krankheit oder Stellenlosigkeit verhindert sein werden, den verlangten Schuldienst in vollem Umfange zu leisten. Als Schuldienst wird ausser dem Unterricht an unsern Primarklassen auch jener in Heimen, an Diaspora- und Privatschulen sowie die Tätigkeit als Stellvertreter angerechnet. Es ist vorgesehen, in Ausnahmefällen die Immatrikulation an einer Universität unter Zusicherung der Patentierung vorzeitig zu empfehlen. Endlich ist auch beabsichtigt, be-

suchte Weiterbildungskurse zu berücksichtigen, wenn Stellenlose sich nicht über die verlangten Schulwochen ausweisen können.

Neben die Verpflichtung zu zweijährigem Schuldienst tritt als weitere Voraussetzung für die Patentierung die Forderung der Bewährung in der Schularbeit. Um die im Seminar vermittelte Ausbildung zu ergänzen, sollen die jungen Lehrerinnen und die jungen Lehrer von einer erfahrenen Kollegin oder von einem Kollegen beraten werden. Man erwartet von dieser Einrichtung für die erste Zeit der Berufsarbeit die nötige Unterstützung, Förderung und Festigung. Der Unerfahrene soll seine Arbeit aber unbelastet von Kontrolle und Überwachung, jedoch in der Gewissheit, dass ihm jemand helfend zur Verfügung stehen wird, verrichten können. Die Mentoren werden durch die Schulinspektoren vorgeschlagen und durch die Erziehungsdirektion auf Antrag der kantonalen Kommission gewählt. Dadurch, dass Ehemalige aller Seminare berücksichtigt werden, und dass immer wieder neue Berater zur Mitarbeit herangezogen werden, soll erreicht werden, dass sich möglichst viele Lehrerinnen und Lehrer an dieser Aufgabe beteiligen können; denn es leuchtet ein, dass auch die Berater aus dieser Tätigkeit für ihre eigene Schularbeit Nutzen ziehen werden.

Eine kantonale Kommission, zusammengesetzt aus Vertretern des Inspektorats, der Seminare und der Lehrerschaft, wird diesen Dienst organisieren, indem sie dafür sorgt, dass die Berater ihre Aufgabe genau kennen und auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden. Diese Kommission wird in Zusammenarbeit mit Inspektoren und Beratern die Anträge für die Patentierung einreichen und in Zweifelsfällen eine Verschiebung beantragen. Es wird noch zu bestimmen sein, in welcher Form die Seminar Direktoren bei diesen Verhandlungen mitwirken werden. Bei Anständen zwischen Beratern und Kandidaten wird der Kommission das Recht zustehen, eine Neuzuteilung vorzunehmen. Im Normalfalle wird die Patentierung zu Beginn des zweiten Schulwinters zugesichert werden können.

Es wird da und dort befürchtet, diese Neuerung könnte allzu viele Anwärter vom Lehrerberuf fernhalten. Eine solche Auswirkung ist nicht abzusehen, doch kann immerhin festgestellt werden, dass die Seminarschüler nach vierjähriger Ausbildung in keiner Weise eine Einbusse erleiden werden. Die Einführung des 5. Seminarjahres dagegen würde sicher mehr junge Leute dazu führen, sich für den Besuch des Gymnasiums zu entschliessen.

Im Kanton Bern mussten in letzter Zeit auf dem Gebiete der Lehrerausbildung unter dem Drucke der Verhältnisse Massnahmen getroffen werden, obwohl dazu die gesetzlichen Grundlagen fehlten. Ich denke dabei an die Eröffnung neuer Seminare, die Führung der Sonderkurse und Fortbildungsklassen und an die Einführung neuer Unterrichtsfächer im Seminarunterricht.

Im Falle einer Verwerfung des vorliegenden Gesetzes würden weiterhin die Bestimmungen aus dem Jahre 1875 gelten müssen. Der Grosse Rat würde der Möglichkeit beraubt, den Bedürfnissen einer stürmisch verlaufenden Entwicklung durch den Erlass neuer Dekrete gerecht zu werden. Es wäre zu bedauern, wenn die geplante Tren-

nung des Seminars Hofwil-Bern in zwei selbständige Lehranstalten nicht verwirklicht werden könnte.

Die Ausarbeitung einer neuen Gesetzesvorlage würde erfahrungsgemäss lange Jahre in Anspruch nehmen. Die grossrätliche Kommission, welcher acht Lehrer angehörten, hat den Gesetzesentwurf einstimmig gutgeheissen, und der Grosse Rat bekannte sich mit 117 : 5 Stimmen zur Vorlage, obwohl seine Mitglieder die nun dargelegten Einzelheiten der Ausführungsbestimmungen nur andeutungsweise kannten.

Inspektorenkonferenz, Seminar- und Patentprüfungskommission sowie die Kommission für Seminarlehrpläne sind überzeugt, dass mit den neuen Bestimmungen Wesentliches erreicht wird, nämlich eine erhebliche Verbesserung der Ausbildung und eine zumutbare Lehrverpflichtung, welche sich ohne Schwierigkeiten durchsetzen lässt.

Ich bin sicher, dass sich die Lehrerschaft diesen Vorzügen nicht verschliessen wird und hoffe, dass eine sachliche Orientierung noch bestehende Missverständnisse klären, irrige Auffassungen richtigstellen und allfällige Bedenken beheben wird.

Walter Klötzli

Präsident der Patentprüfungskommission
für Primarlehrer und Primarlehrerinnen

Aus den Verhandlungen des Grossen Rates

Kollege Hans Tanner, unser Berichterstatter aus dem Grossen Rat, entschuldigt sich wegen der späten Einsendung des vorliegenden Berichts. Wir veröffentlichen ihn vollinhaltlich, obwohl in dieser Nummer auch Schulinspektor Walter Klötzli zum *Gesetz über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen* Stellung nimmt (siehe S. 183) und sich dabei gewisse Wiederholungen nicht vermeiden liessen. *Red.*

In der Februarsession löste wohl kein Geschäft eine so leidenschaftliche Diskussion aus wie das *Gesetz über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen*. Wir erinnern uns, dass schon in der ersten Lesung beim damaligen Artikel 10 ebenfalls hartnäckig gestritten wurde. Das Abstimmungsergebnis hatte eindeutig gezeigt, dass eine Verpflichtung zur Ausübung des Berufes von einer starken Mehrheit gefordert worden war. Wir wissen ferner, dass bis zur Novembersession keine bessere Lösung gefunden werden konnte. Erst im neuen Jahr konnte ein Vorschlag unterbreitet und somit das Gesetz fertig beraten werden. Kurz vor Sessionsbeginn hatte der BLV eine Verschiebung verlangt, weil er nicht zur Stellungnahme eingeladen worden war. Der *Erziehungsdirektor* bezeichnete dieses Begehren als naiv, denn im Rat sassen immerhin 30 Lehrer, und auch in der Kommission hätten deren neun mitgearbeitet. Es sei nicht Aufgabe der Regierung, zum BLV zu springen, sondern dieser hätte sich informieren können. So wurde ein Antrag von *Kollege Boss* auf Nichteintreten mit grosser Mehrheit abgelehnt, hauptsächlich deswegen, weil die Legislaturperiode zu Ende geht und bei einer Verschiebung im Herbst wieder ganz neu mit den Beratungen begonnen werden müsste. In der Detailberatung wurden bei Art. 5 und 6 die Amtsdauer der Seminarkommissionsmitglieder und der Lehrerschaft wieder von vier auf sechs Jahre verlängert. Ferner

wurde beschlossen, die Besoldung der Seminarlehrer durch Dekret zu regeln, weil gegenwärtig die Entlohnung schlechter sei als diejenige der Gymnasiallehrer. Bei Art. 14 wurde eine Erklärung verlangt, dass zu den nichtstaatlichen Seminaren, an welche der Staat Betriebsbeiträge ausrichtet, ebenfalls die Kindergartenseminare gezählt werden. Hernach schritt der Rat zur Behandlung der umstrittenen Artikel 15 und 16. Es sei festgehalten, dass das geltende Gesetz eine vierjährige Verpflichtung und Rückzahlung vorschreibt. In der ersten Lesung hatte der Rat eine Milderung auf zwei Jahre, verbunden mit Rückerstattung, beschlossen. Was nun unterbreitet wurde, kann wie folgt umschrieben werden: Am Ende der vierjährigen Ausbildung erhält der junge Lehrer nur einen auf zwei Jahre befristeten Wahlfähigkeitsausweis und kann mit diesem nur provisorisch gewählt werden. Innerhalb zweier Jahre muss er nun an einer öffentlichen bernischen Schule mindestens 36 Wochen unterrichtet und sich im Schuldienst bewährt haben, um das Lehrpatent zu erhalten. Die Kostenrückerstattung in jeglicher Form fällt weg. Es zeigte sich bald, dass in diesem Erlass wirklich viel Zündstoff steckt.

Aus den Voten der *Befürworter* seien folgende Argumente erwähnt:

- Andere Kantone kennen seit Jahren eine ähnliche Lösung.
- Der junge Lehrer erleidet keine Nachteile hinsichtlich Entlohnung, Versicherung, Anrechnung der Jahre.
- Er kann ohne weiteres den Beruf wechseln ohne irgendwelche finanzielle Verpflichtungen.
- In andern Berufen muss man sich auch weiterbilden, wenn man vorwärtskommen will, während der Lehrer normalerweise auf Lebenszeit gewählt wird.
- In dieser Zeit kann der Militärdienst geleistet und können in Kursen zusätzliche Fähigkeitsausweise erworben werden.
- Eine Verlängerung der Ausbildung ist bei der heutigen Qualität der Kandidaten notwendig. Zudem gilt es, sich in die neuen Fächer einzuarbeiten.
- Wer dieses Vikariat nicht auf sich nehmen will, hat von Anfang an nicht im Sinn gehabt, beim Beruf zu bleiben. Solche Leute brauchen auch nicht ins Seminar einzutreten.

Die *Gegner* führten ins Feld:

- Der BLV ist nicht begrüsst worden.
- In keinem andern Beruf ist eine solche Verpflichtung vorgeschrieben.
- Für die Ausbildung anderer Berufsgattungen, wie z. B. der Akademiker, hat der Staat weit grössere Aufwendungen zu tragen, ohne dass jene zu irgendeiner Gegenleistung verpflichtet werden.
- Es wird noch weniger Interessenten für den Lehrerberuf geben als gegenwärtig.
- Was geschieht, wenn einmal Lehrerüberfluss sein sollte?
- Die jungen Lehrer sind in diesen zwei Jahren der Willkür der Schulkommissionen oder anderer Aufsichtspersonen ausgeliefert.

Was mit dieser Neuerung bezweckt wird, deckte am deutlichsten der *Erziehungsdirektor* auf: Das ist eine elegante Lösung zur Verlängerung der Ausbildungszeit.

Ein fünftes Seminarjahr würde gegenwärtig auf zu grosse Opposition stossen! Der Berichterstatter möchte hier noch beifügen: und verursacht dem Staat möglichst wenig Kosten. Ob das nicht auch mitbestimmend war? Schlussendlich fand diese Bestimmung mit 99: 34 Stimmen den Segen des Rates.

Das Gesetz soll abschnittsweise in Kraft gesetzt werden, weil noch verschiedene organisatorische Anpassungen nötig sind und die Lehrpläne angepasst werden müssen. Das Vikariat soll erstmals für die in diesem Frühling Eintretenden Geltung haben. Wichtig ist, dass im Rat eine Mehrheit gefunden werden konnte, damit diese Vikariatszeit und die praktische Prüfung durch Dekret geregelt werden können, was dem Rat ein Mitbestimmungsrecht einräumt. In diesem Dekret erst werden die neuen Auswirkungen ersichtlich sein, vor allem wem die Betreuung der jungen Lehrer zugewiesen werden soll. Wie man hintenherum vernahm, soll bereits ein Wettrennen um die Seelen dieser Leute im Gange sein. Ferner muss abgeklärt sein, wer feststellt, ob sich die Lehrkraft «bewährt» hat. Man weiss bereits, dass dem Gesetz für die Volksabstimmung der Kampf angesagt werden soll, obwohl der Rat ihm in der Schlussabstimmung mit 117: 5 Stimmen zustimmte.

Anschliessend kam das *Dekret über die Ausbildung der Sekundarlehrer* des deutschsprachigen Kantonsteils zur Beratung. Wie der Titel sagt, gilt es für den Jura nicht, weil die welschen Kandidaten an den Universitäten der Westschweiz ausgebildet werden. Wie der *Erziehungsdirektor* ausführte, wird dort im Grundsatz die Maturität verlangt. Es soll nun verhandelt werden, damit auch das Seminarpatent zur Zulassung berechtigt, das werde aber noch zwei Jahre dauern. Wichtige Änderungen bringt das Dekret keine, hingegen ist das Wort «Lehrerschule» verschwunden. Dadurch sollen diese Studenten den übrigen gleichgestellt werden.

Grosse Diskussionen gaben wiederum die *Schulhausbauten*. Einige Grossräte waren aufgebracht, weil in den Vorlagen jegliche Aufwendungen für Lehrerwohnungen herausgestrichen worden waren. Andere schlugen sich mit den unterschiedlichen Kubikmeterkosten herum, und wiederum andere kritisierten die Nebenräume. Jene Gemeinden, die erst jetzt zum Bauen kommen, fühlen sich betrogen, weil bei der Subventionierung strengere Massstäbe angewandt werden. Als Ergebnis dieser Diskussionen wurde eine Motion der Staatswirtschaftskommission angenommen, durch welche eine *Limitierung der Baukosten* gefordert wird. Dadurch sollen die Gemeinden zu einfacherer und sparsamerer Bauweise gezwungen werden. Ferner wurde eine strengere Kontrolle der Projekte verlangt. Nicht ganz zu Unrecht wurde erklärt: Die zuständigen Behörden und die Architekten in den Gemeinden möchten sich bei den Schulhausbauten ein «Denkmal» setzen und selbstverständlich eines, das wirkt. *Dr. Moine* bat, nicht zu dramatisieren, die Schulhäuser seien immerhin ein Zeichen kulturellen Schaffens. Ein Einheitsstyp müsse abgelehnt werden. Die Gemeinden müssten sich zuallererst überlegen, ob ihre Projekte tragbar seien. Wollen sie luxuriös bauen, müssten sie das, was über das Normale hinausgehe, selber bezahlen. Durch den Einbau der Wohnungsentschädigungen seien die Gemeinden von der Pflicht, ihren Lehrkräften eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, entbunden. Bei den

Geschäften waren diesmal vier über Kindergärten. Auf die prekäre finanzielle Lage des Kantons weist auch die Bestimmung hin, dass die Subventionen erst 1969–1972 ausbezahlt werden. (Wieviel teurer werden dann diese Bauten sein?)

(Schluss folgt.)

Hans Tanner

Kommentiert und kritisiert

Zuerst möchte ich der Redaktion für die Publikation des umstrittenen Artikels von E. Seidler danken. Es ist sicher richtig, so wichtige Fragen immer wieder neu zu stellen. In der Schule wie überall gibt es selten nur *eine* brauchbare Methode. Neues zu versuchen ist immer wieder nötig, und es ermöglicht uns erst, etwas besser zu machen. Die Aufgeschlossenheit, die man neuen Ideen gegenüber zeigen soll, muss aber auch den Schwächen und Gefahren solcher Neuheiten gelten. Die Gefahr liegt bei der «idealtypischen» Ganzheitsmethode offenbar viel weniger beim Methodischen – weil die Misserfolge ja den vernünftigen Lehrer rechtzeitig zu Korrekturmassnahmen zwingen, wie der Artikel von R. Roggli zeigt – als in der Sturheit, mit der gewisse Leute am Neuen festhalten, auch

wenn dies nicht zu guten Resultaten führt. Und hier dürfte doch wohl wieder einmal Grundsätzliches in Erinnerung gerufen werden:

1. Ein Anfänger ist kein Meister; gewagtere Experimente (dazu gehört die «idealtypische» Ganzheitsmethode) dürfte wohl nur der Lehrer machen, der Bewährtes schon kennt und so erst die Möglichkeit hat, eine Neuerung richtig zu werten.
2. Freude wird heutzutage allzu gern und vorschnell mit Spielerei oder gar Disziplinlosigkeit gleichgesetzt, und soliden, ehrlichen Arbeiten hat bei einigen Lehrkräften den unangenehmen Beigeschmack des «Spiessigen». Wer aber konnte nicht die so wichtige Freude, die gründliches Können (auch) beim Schulkind auslöst!
3. Der Lehrer darf nicht so sehr sich selbst als die ihm anvertrauten Kinder wichtig nehmen. Nach meinen Erfahrungen laufen unsichere und geltungsbedürftige Menschen ganz besonders Gefahr, ihre Originalitätswut mit geistiger Beweglichkeit und Entdeckermut zu verwechseln.
4. Eine Methode ist deshalb sicher nur dann anzunehmen (oder beizubehalten), wenn die in ihr unterrichteten Schüler andern gegenüber nicht benachteiligt werden. Wer eine Methode mit dem Hinweis darauf verteidigt, dass sich ihre Mängel später korrigieren, richtet mindestens die Methode selbst!

Karl Iseli

L'ÉCOLE BERNOISE

Loi sur la formation du corps enseignant

(Votation populaire du 17 avril 1966)

En date du 4 mars 1966, le Directeur de l'instruction publique a orienté les membres du Comité cantonal sur les innovations que contient ce projet de loi. A la demande du Comité directeur de la Société et d'entente avec la Direction de l'instruction publique, je m'adresse à mon tour au corps enseignant du canton.

Certains milieux, de façon prématurée, ont déjà fait part de leur opposition à cette nouvelle loi, avant même de connaître les intentions du législateur et les conséquences pratiques des différentes dispositions contenues dans la loi. Il est certain que l'intérêt que le corps enseignant porte à la formation des maîtres et les soucis que pose le recrutement ont pu susciter de l'inquiétude et provoquer une opposition de la part de certains intéressés. Les articles parus dans la presse permettent de penser que leurs auteurs avaient tout au plus connaissance du texte de la loi. Ceux-ci avaient le sentiment que les nouvelles dispositions remettaient en question des principes essentiels. En fait, ce n'est qu'après avoir obtenu des renseignements exacts sur les dispositions d'application en préparation, qu'il eut été possible de se prononcer de façon pertinente. Les efforts louables du législateur en vue d'améliorer la formation des maîtres et de revaloriser la profession d'instituteur n'ont guère retenu l'attention et nul n'a souligné les progrès que constitue cette nouvelle loi.

C'est pourquoi, la Direction de l'instruction publique tient à ce que le corps enseignant soit renseigné de façon complète et objective sur les nouveautés les plus importantes de la loi et sur les dispositions d'application qui seront édictées.

Art. 15: A la fin de l'avant-dernière ou au cours de la dernière année à l'école normale, les candidats subiront un examen portant sur les disciplines de culture générale. Il aura lieu, pour l'essentiel, avant le début de la formation professionnelle au sens strict du terme. Une fois leurs études à l'école normale terminées, les élèves, y compris ceux d'un cours spécial, qui ont subi avec succès leurs examens dans les branches de culture générale et professionnelle et sont recommandés par l'école normale, reçoivent un certificat d'éligibilité limité à deux ans. Les titulaires d'un tel certificat sont éligibles à titre provisoire.

Cette disposition vise en premier lieu une séparation plus nette de la formation générale et de la formation professionnelle. Il est en effet prouvé que les normaliens sont mis à rude contribution par le travail préparatoire intense que nécessite l'enseignement. Dans de nombreux cas, cette préparation se fait aux dépens de la formation générale. Il est compréhensible que l'enseignement de la pédagogie, de la psychologie et de la méthodologie sera donné, comme ce fut le cas jusqu'à présent, durant les deux dernières années de formation, l'accent principal étant toutefois mis sur la pratique de l'enseignement au cours de la dernière année. Etant donné qu'à ce moment-là, les normaliens auront subi la plupart de leurs examens, ils pourront se consacrer à l'enseignement, libérés des inconvénients que constituait, jusqu'à présent, la préparation des examens. L'expérience a démontré que l'apprentissage de la profession proprement dite, c'est-à-dire la tenue d'une classe, est plus aisé au cours de la dernière année d'école normale. Cette solution est appliquée avec succès depuis plusieurs années dans les écoles normales de Porrentruy et de Delémont. Il est certain qu'une prolongation de la formation d'une année serait souhaitable et nécessaire; toutefois, ce postulat ne peut, pour l'heure, être réalisé pour des raisons psychologiques et sociales.

En lieu et place du brevet, le normalien recevra donc, à la fin de ses études à l'école normale, un certificat d'éligibilité qui l'autorisera à faire acte de candidature à des postes vacants, au même titre qu'un maître breveté. Les candidats sont éligibles à titre provisoire; ils recevront le traitement légal et, selon l'avis de la Direction de l'instruction publique, ils seront assurés auprès de la Caisse d'assurance du corps enseignant. Il sera en outre tenu compte de cet enseignement pour le calcul des années de service. Le titulaire d'un certificat d'éligibilité pourra également changer de place en respectant les délais de présentation de démission tels qu'ils sont fixés dans la loi sur l'école primaire. Comme auparavant, cette nouvelle réglementation permettra aux instituteurs, deux ans après leur sortie de l'école normale, de poursuivre leurs études en vue d'obtenir le diplôme de maître secondaire; ils seront alors en possession du brevet d'enseignement primaire.

Art. 16¹ Le brevet bernois d'enseignement primaire sera délivré aux titulaires du certificat d'éligibilité deux ans après l'établissement de ce dernier, s'ils ont durant deux ans, enseigné pendant 36 semaines au moins à titre provisoire ou comme remplaçants dans une école publique du canton de Berne et s'ils ont fait leurs preuves dans l'enseignement.

² La procédure et l'organisation des examens prévus à l'article 15, ainsi que les dispositions d'application concernant l'enseignement prévu à l'article 16, alinéa 1, seront réglées par décret. Ce décret mentionnera également les cas dans lesquels il peut être dérogé aux dispositions des articles 15 et 16, alinéa 1.

Cette disposition remplace l'obligation d'enseigner durant 4 ans prévue dans la loi du 18 juillet 1875 sur les écoles normales du canton de Berne. Comme la plupart des instituteurs doivent accomplir de longues périodes de service militaire au cours de la première et de la deuxième année, le législateur s'est contenté d'exiger 36 semaines d'enseignement durant ces deux ans. Il est vraisemblable, en revanche, que les jeunes institutrices enseigneront à plein temps durant ces deux ans. Si l'exigence d'enseigner 36 semaines est remplie au cours de la première année, la remise du brevet n'aura tout de même lieu qu'après deux ans. Il se présentera certes des cas où des institutrices quitteront l'enseignement après une année déjà, par suite de mariage ou de départ à l'étranger. Dans de tels cas, elles recevront l'assurance que le brevet leur sera délivré à l'échéance du certificat d'éligibilité. Le décret prévu à l'article 16 existe sous forme de projet; il prévoit que le brevet sera également délivré au candidat qui aura été empêché d'accomplir son obligation par suite de service militaire, de maladie ou de manque de places.

Outre l'enseignement donné dans nos écoles primaires publiques, il sera également tenu compte de l'enseignement aux écoles privées, aux foyers, ainsi que de l'activité de l'intéressé en tant que remplaçant. Il est prévu, dans des cas exceptionnels, de recommander à l'Université d'immatriculer des candidats qui sont assurés de recevoir le brevet ultérieurement. Enfin, nous envisageons de compter comme enseignement les cours de perfectionnement suivis par le jeune maître durant cette période de deux ans.

Une autre condition s'ajoute à cette obligation, savoir que le maître doit faire la preuve de son aptitude à l'en-

seignement. Afin de compléter la formation reçue à l'école normale, les jeunes institutrices ou instituteurs se verront prodiguer des conseils par une maîtresse ou un maître expérimenté. Le jeune maître s'acquittera de sa tâche sans contrôle et sans surveillance, en sachant toutefois que quelqu'un se tient à sa disposition pour lui prodiguer des conseils. Le «mentor» sera désigné par la Direction de l'instruction publique, sur proposition de l'inspecteur. Le fait que les anciens de toutes les écoles normales seront appelés à occuper ces fonctions et que l'on désignera toujours de nouveaux conseillers, nous laisse espérer que le plus grand nombre possible d'institutrices et d'instituteurs y seront intéressés; il ne fait aucun doute que cette expérience leur sera profitable à eux aussi.

Une commission cantonale, composée de représentants de l'inspection, des écoles normales et du corps enseignant, sera chargée d'organiser ce service, tout en veillant à ce que les conseillers connaissent exactement leurs attributions et soient bien préparés à leur activité. Cette commission, en collaboration avec les inspecteurs et les conseillers, présentera des propositions concernant la délivrance du brevet et examinera les mesures qui s'imposent dans les cas où des doutes subsisteront sur le candidat. Il conviendra encore de préciser dans quelle mesure les directeurs des écoles normales seront appelés à participer aux délibérations de cette commission. Si des différends surgissent entre le conseiller et le candidat, cette commission aura le droit de désigner un autre conseiller.

En règle générale, le candidat recevra, après une année et demie environ, l'assurance que le brevet lui sera délivré. On a craint que cette nouvelle réglementation influence de façon négative le recrutement des écoles normales. Sans négliger cet argument, nous devons toutefois souligner que cette procédure ne constitue aucun inconvénient pratique pour le jeune maître à sa sortie de l'école normale. L'introduction d'une cinquième année d'études à l'école normale aurait en revanche engagé beaucoup de jeunes gens à fréquenter le gymnase.

Sous l'empire de certaines circonstances, le canton de Berne se vit contraint, ces derniers temps, de prendre diverses mesures dans le domaine de la formation du corps enseignant, bien que les bases légales fissent défaut. Je pense notamment à l'ouverture de nouvelles écoles normales, à la mise sur pied de classes de raccordement, de cours accélérés (cours spéciaux) et à l'introduction de nouvelles branches d'enseignement dans les écoles normales.

Le rejet éventuel du présent projet de loi aurait pour conséquence l'application de la loi de 1875. Le Grand Conseil n'aurait pas la compétence d'édicter un nouveau décret afin d'adapter les dispositions légales à l'évolution rapide que nous connaissons. Il serait en outre regrettable de ne pouvoir procéder à la séparation de l'école normale de Hofwil-Bern en deux établissements indépendants.

L'expérience permet de penser que l'élaboration d'un nouveau projet de loi nécessiterait de longues années. La Commission du Grand Conseil, au sein de laquelle siégeaient huit instituteurs, a approuvé ce projet de loi à l'unanimité, et le Grand Conseil, à son tour, l'a accepté

par 119 voix contre 5, et cela bien que les membres n'aient eu qu'une idée très vague des dispositions d'application. La Conférence des inspecteurs, la Commission des écoles normales, la Commission des examens du brevet et celle chargée d'élaborer les plans d'études des écoles normales, sont convaincues que les nouvelles dispositions permettront notamment d'améliorer la formation des maîtres et que l'obligation d'enseigner ne présentera aucune difficulté dans son application.

Je suis certain que tous ces avantages n'échapperont pas au corps enseignant et j'espère que cet exposé aura dissipé les malentendus existants, au même titre que les doutes qui auraient pu surgir dans l'esprit de certains.

Walter Klötzli

Président de la Commission
allemande des examens du brevet
d'enseignement primaire

Mitteilungen des Sekretariates

Gesetz über die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen

Die Erziehungsdirektion stellt gegenwärtig (14. März) auf Wunsch des Kantonalvorstandes eine ausserparlamentarische Expertenkommission auf; diese wird die Ausführungsbestimmungen (Dekret, Verordnung usw.) vorbereiten.

Erziehungsdirektor Moine hat den Kantonalvorstand auf den 4. März zu einer Besprechung eingeladen; mit seinen direkten Mitarbeitern, hauptsächlich den Herren Max Keller, 1. Sekretär, und Schulinspektoren Dr. F. Bürki, Dr. H. Dubler und W. Klötzli, hat er dargelegt, wie er sich die Durchführung der zweijährigen Wartezeit denkt. («Vikariat» und «Gesellenzeit» sind unzutreffende Ausdrücke.)

Im Auftrag der ED hat Herr Klötzli den von uns gewünschten Artikel verfasst; die Übersetzung besorgte ein Beamter der ED. Diese Darlegungen beantworten die meisten der der ED vorgelegten Fragen, direkt oder indirekt.

Auf andere hofft der KV demnächst in der Expertenkommission Antwort zu erhalten. (Er wird darin durch E. Kramer, R. Strahm, Pierre Crélerot und M. Rychner vertreten sein.)

Am 28. März findet eine Präsidentenkonferenz in der Schulwarte statt. Sie wird dem KV die letzten Elemente zu einer Beurteilung der Vorlage liefern. Seine Empfehlung im Hinblick auf die Abstimmung vom 17. April wird er somit anfangs April bekanntgeben können.

Die nachhaltigsten Bedenken wurden geäußert zur psychologischen Wirkung der zweijährigen Wartezeit auf den Nachwuchs, besonders im Licht der Konkurrenz durch das Gymnasium,

zur Stellung des Junglehrers gegenüber Schülern, lokalen Behörden, Bevölkerung, Betreuer und Inspektor,

zur Frage, ob die Neuerung eine Auf- oder Abwertung des Lehrerberufes mit sich bringe (sie soll, dem Vernehmen nach, auch schon für die Sekundarlehrer vorgesehen sein!), aber auch

zum unmittelbaren Nutzen der Wartezeit, von der es nicht sicher scheint, dass sie die Landgemeinden vom raschen Lehrerwechsel befreien kann.

Wir kommen später auf diese und andere Aspekte zu sprechen. Wir bemühen uns um ein wohlfundiertes Urteil.

Der Zentralsekretär: *M. Rychner*

Communications du secrétariat

Loi sur la formation du corps enseignant

La Direction de l'instruction publique est en train (14 mars) de constituer une commission d'experts extraparlamentaire, à la demande du Comité cantonal SIB; cette commission élaborera les dispositions exécutoires (décret, ordonnance, etc.).

M. le Directeur Dr Moine a invité, le 4 mars, le C.C. à une séance d'information; assisté de ses collaborateurs directs, spécialement de MM. Max Keller, 1^{er} secrétaire, Dr F. Bürki, Dr H. Dubler et W. Klötzli, inspecteurs, il a exposé ses vues sur les avantages de la nouvelle loi et du délai d'attente de 2 ans qu'elle prévoit entre la sortie de l'Ecole normale et la remise du brevet. («Vicariat» et «compagnonnage» ne sont pas des expressions idoine.)

A notre demande et au nom de la D.I.P., M. Klötzli a exposé ses vues dans un article, qu'un fonctionnaire de la D.I.P. a traduit. Il répond, directement ou indirectement, à la plupart des questions que nous avons soulevées.

Le C.C. espère recevoir la réponse aux autres questions au sein de la commission d'experts. (Il y sera représenté par MM. E. Kramer, R. Strahm, Pierre Crélerot et M. Rychner.)

Le 28 mars aura lieu au Musée scolaire, à Berne, une conférence des présidents. Elle fournira au C.C. les derniers éléments d'appréciation. Il pourra ainsi publier au début d'avril ses recommandations en vue de la votation du 17 avril.

Les réserves les plus tenaces qui ont été émises jusqu'ici concernent

les conséquences psychologiques des 2 ans d'attente pour la relève, vu la concurrence du gymnase,

la situation du jeune enseignant par rapport aux élèves, aux autorités locales, à la population, aux mentors et à l'inspecteur,

la question de savoir si la profession enseignante serait revalorisée ou dépréciée par l'innovation (qui, paraît-il, serait destinée également aux maîtres secondaires!),

et même l'efficacité immédiate du délai d'attente, dont on ne saurait garantir qu'il délivrera les communes décentralisées du va-et-vient permanent.

Nous reviendrons plus tard sur d'autres aspects également. Tâchons de nous former une opinion bien fondée.

Le secrétaire central: *M. Rychner*

A. Grundsätzliches

1. Hat das Vikariat den Charakter
 - a) einer Verlängerung der Ausbildung?
 - b) einer Ergänzung der Seminausbildung? In den wissenschaftlichen und künstlerischen Fächern? Fachlich?
 - c) einer Unterrichtsverpflichtung?
2. Wie ist der Einfluss des Vikariates auf die Haltung und charakterliche Entwicklung der Junglehrer einzuschätzen (Initiative, Verantwortungsbewusstsein, Selbständigkeit; Anpassermentalität, Konformismus)?
3. Wie schätzt man den Einfluss der Verlängerung der Abhängigkeit auf 6 Jahre (4+2) auf die möglichen Anwärter auf den Lehrerberuf?

B. Der Vikar

1. Anstellung

- a) Freie Bewerbung auf ausgeschriebene Stellen? Provisorische Wahl für 1 Semester? 1 Jahr? 2 Jahre? (s. PSG Art. 36, Abs. 2). Wird jedesmal neu ausgeschrieben? Neu gewählt bzw. weiter bestätigt?
Kündigungsfristen a) des Vikars,
b) der Gemeinde
- b) Einsatz an verwaisten Stellen? Wer schlägt vor? Wer entscheidet? Nach welchen Kriterien erfolgt eine gerechte Zuteilung?
Wie lassen sich diese Fragen nach Überwindung des Lehrermangels beantworten?
2. 36 Wochen innerhalb zweier Jahre. Und bei länger dauerndem Militärdienst (Leutnant, abverdienen)? Bei anderweitiger Verspätung? Wenn der Lehrerberuf im Kanton erst nach Jahren aufgenommen wird?
3. *Besoldung*. Wie wird die Vikariatszeit für Dienstalterszulagen und Dienstaltersgeschenk angerechnet?
4. *Versicherung*. Nach den geltenden Statuten der BLVK ist Aufnahme während dem Provisorium nur ausnahmsweise möglich. Wie wird die Rechtsgrundlage für die Versicherung geschaffen? dito für die Ausrichtung der Arbeitgeberbeiträge?
5. *Nach den 2 Jahren Wartefrist*: Was geschieht
 - a) bei Feststellung von «Nicht-Bewährung»: Fristverlängerung? Abweisung? Weiterstudium trotzdem möglich, z. B. als Sekundarlehrer?
 - b) bei Patentierung: sofort Weiterstudium möglich? wie lange im voraus weiss der Vikar, ob er das Patent erhalten wird?

A. Principes

1. Le «vicariat» a-t-il le caractère
 - a) d'une prolongation de la formation?
 - b) d'un complément à la formation normalienne? Dans les disciplines générales (littéraires et scientifiques) et artistiques? Pour la formation professionnelle?
 - c) d'une obligation d'enseigner?
2. Quel sera vraisemblablement l'influence du «vicariat» sur l'attitude morale et le développement caractériel du jeune maître? (Esprit d'initiative, sentiment de la responsabilité, spontanéité; flagornerie, conformisme)?
3. Comment les candidats possibles à l'enseignement réagiront-ils devant la prolongation de la période d'attente et de dépendance, qui passerait de 4 à 6 ans?

B. Le «vicaire»

1. Engagement

- a) Postulation libre après mise au concours? Nomination provisoire pour 1 semestre? 1 année? 2 ans? (v. Loi sur l'école primaire, art. 36, al. 2). Remise au concours après ce délai? Réélection, confirmation?
Délais de résiliation a) pour le vicaire?
b) pour la commune?
- b) Service commandé à des postes dépourvus? Qui propose? Qui décide? Critères d'une répartition équitable?
Comment répondre à ces questions une fois la pénurie d'enseignants résorbée?
2. 36 semaines en 2 ans. Et en cas de service militaire prolongé (école d'officier, paiement des galons de lieutenant)? En cas d'autres retards? Si l'intéressé n'entre au service du Canton qu'après des années?
3. *Traitement*. Comment le temps de «compagnonnage» sera-t-il imputé quant aux allocations et gratifications d'ancienneté?
4. *Assurance*. Les statuts actuels de la CACEB ne permettent qu'exceptionnellement d'admettre un enseignant nommé à titre provisoire. Comment établira-t-on la base légale de l'admission et de l'assurance du «vicaire»? de même pour le versement des cotisations de l'employeur?
5. *Après les 2 ans d'attente*: Que se passera-t-il
 - a) Si l'on constate que le candidat n'a pas «fait ses preuves»: Reconduction? Evincement? Pourra-t-il tout de même continuer des études, par ex. de maître secondaire?
 - b) si le candidat reçoit son brevet, pourra-t-il continuer immédiatement ses études? Combien de temps à l'avance apprendra-t-il s'il sera breveté?

6. Das Vikariat für ausserordentliche Kandidaten, die nicht aus dem Seminar stammen, für ausserkantonale Patentierte?

C. Aufsicht und Betreuung

1. *Aufsichtskommission(en)*: Grösse? Zusammensetzung? Wahlbehörde? Vorschlagsrecht? Unterstellung Kompetenzen?
2. *Aufsicht und Beratung der Vikare*:
Durch wen? sicher Inspektor; daneben nur durch den Mentor, oder auch durch Mitglieder der Aufsichtskommission, oder durch Regional-Obermentoren? Seminarlehrer?
Nach welchen Kriterien? Häufigkeit der Besuche und Kontakte je nach Bedürfnis des Vikars? auf Wunsch des Oberlehrers? der Schulkommission? des Inspektors? des Seminarlehrers?
 Dauer und Umfang der Besuche
 Verwertung der Beobachtungen des Besuchers: Meldung nach oben? an wen? wie? Zentrales «Register»?

D. Mentoren

1. *Rechtsstellung*. Wer schlägt sie vor? Wer wählt sie? Für wie lang? Nebenamtlich? Hauptamtlich? Werden die Nebenamtlichen an ihren eigenen Posten entlastet? Wie? Wer teilt ihnen die Vikare zu? (Mitspracherecht des Vikars? seiner Schulkommission? des Oberlehrers?)
 Unterstellung des Mentors? Mitspracherecht seiner eigenen Schulkommission?
2. *Pflichtenbeft des Mentors*. Berater auf Abruf? Aktive Betreuung? Schulbesuche (einseitig/gegenseitig?) Anzahl? Stellung des Mentors zur Schulkommission? Umschreibung seiner Verantwortung.
3. *Methodisches*. Unité de doctrine? Unter den Mentoren – mit Inspektor – mit dem Seminar? Vorbildung, Einführungskurse, Konferenzen der Mentore? Organisation und Leitung?
4. *Entschädigungen*: Pauschal? Je nach Belastung? Weg- und Autoentschädigung (Oberland, Emmental, Jura!)?

E. Bewährung

Kriterien? Berücksichtigung der vorgefundenen Arbeitsbedingungen. Wessen Urteil wird mitberücksichtigt? Wer entscheidet?

Nichtbewährung: Kriterien? Wie häufig dürfte sie sein? Siehe auch oben, B 5.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und restlose Systematik aufgrund der ersten Sitzung der Spezialkommission BLV vom 24. 2. 66 zusammengestellt durch den Zentralsekretär BLV, M. Rychner.

6. Des *candidats extraordinaires*, n'ayant pas passé par l'Ecole normale, ou ayant acquis leur brevet hors du Canton, seront-ils soumis aux mêmes obligations quant au «compagnonnage»?

C. Surveillance et assistance

1. *Commission(s) de surveillance*: Grandeur? Composition? Elue(s) par qui? Sur la proposition de qui? Dépendant de quelle autorité? Compétences?
2. *Surveillance et assistance professionnelle* du «vicaire»: *Par qui?* Certainement l'inspecteur; mais, en plus, par un mentor, par des membres de la commission de surveillance, par des mentors régionaux préposés? Professeurs de l'Ecole normale?
D'après quels critères? Fréquence des visites et autres contacts selon les besoins du «vicaire»? A la demande du directeur d'école? de la commission scolaire? de l'inspecteur? du professeur d'Ecole normale?
 Durée et longueur des visites
 Utilisation des observations du visitant:
 Rapports, par la voie de service, aux autorités préposées? auxquelles? comment? «Registre» central?

D. Les mentors

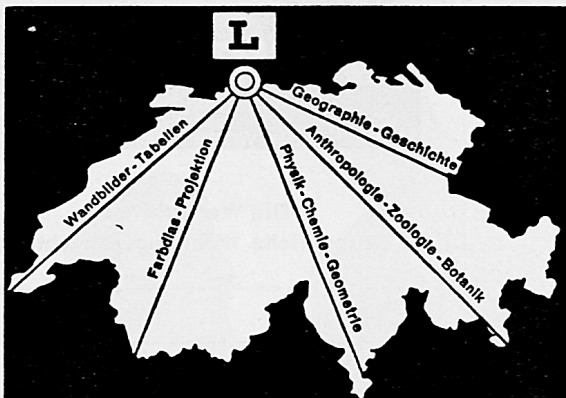
1. *Qualification juridique*. Qui les propose? les élit? Pour quelle durée? Activité accessoire ou principale? Si accessoire: les mentors seront-ils déchargés à leur poste principal? Comment? Qui leur attribue les «vicaire»? (Le vicaire peut-il faire une proposition? la commission scolaire? le directeur d'école?)
 Subordination du mentor? Sa propre commission d'école a-t-elle un droit de regard?
2. *Cahier des charges du mentor*. Conseiller à la disposition («convenance») du «vicaire»? Assistance active? Visites en classe (unilatérales, réciproques?) Nombre? Rapports du mentor avec la commission scolaire du «vicaire»? Définition de ses responsabilités.
3. *Questions de méthode*. Unité de doctrine? entre les mentors – avec l'inspecteur – avec l'Ecole normale? Préparation des mentors, cours d'introduction, conférences des mentors? Organisation, direction?
4. *Rétribution*: Globale? Selon l'ampleur du travail? Frais de déplacement et d'auto (Jura, Oberland, Emmental!)?

E. Succès («faire ses preuves»)

Critères? Tiendra-t-on compte des conditions de travail trouvées par le candidat? Qui contribuera au jugement? Qui décidera?

Echec. Critères? Compte-t-on avec beaucoup d'échecs? v. aussi plus haut, sous B 5.

Cette liste a été établie sur la base de la première délibération de la commission spéciale SIB, du 24. 2. 66, par le secrétaire central, M. Rychner. Elle ne prétend être ni exhaustive, ni parfaitement systématisée.



Lehrmittel A.G. Basel
Grenzacherstrasse 110 - Telefon 061/321453

Schulwandkarten

Grösstes Angebot an Titeln zu

Geographie
Wirtschaftsgeographie
Geschichte
Religion
Astronomie

Vorteilhafte Schulpreise, fachmännische Beratung.

Verlangen Sie unseren neuen Lehrmittelhauptkatalog 1966/67 mit dem stark erweiterten Programm.

Singen auch Sie mit Ihren Schülern aus dem Schweizer Singbuch Oberstufe

Liederbuch für das 7. bis 10. Schuljahr
Verfasser: **Willi Gohl, Andreas Juon**
und **Dr. h. c. Rud. Schoch** mit zum Teil farbigen Holzschnitten von Grafiker **Heinz Keller**
Preis (in solidem Linsoneinband) Fr. 7.50
Herausgeber: Die Sekundarlehrerkonferenzen St. Gallen, Thurgau und Zürich
Die Neuauflage hat bereits freudigen Beifall gefunden

Dazu erscheint auf Mitte April 1966 ein

Klavierheft

mit Begleitsätzen zu vielen Liedern des Singbuches
ein Heft mit Begleitsätzen für andere Instrumente wird vorbereitet

Gerne singen Schüler auch aus dem Heft

Fröhliche Lieder

Preis (mit Kartonumschlag) Fr. 1.70

Bestellungen (auch für Ansichtssendungen) an
Verlag Schweizer Singbuch Oberstufe, 8580 Amriswil,
Telefon 071 67 22 73

Stadtheater Bern

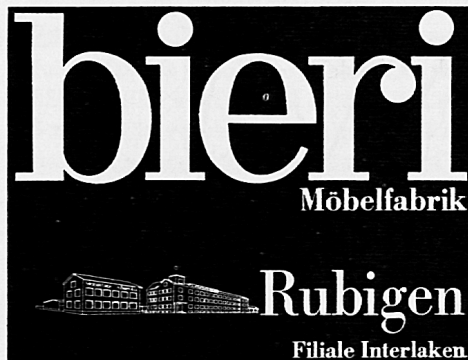
Landabonnement

Sonntag, 20. März, 14.30 Uhr

Der eingebildete Kranke

Lustspiel von Molière

Vorverkauf: Theaterkasse, Tel. 031 220777




Stimmungen
Reparaturen
Eigener
Klavierbau

Pianos+Flügel

Vertr. der weltbekannten Marken:
Feurich Lindner Seiler
Euterpe Thomas-Organ

(Miete mit Kauf) günstige Occ.
Seriöse fachmännische Beratung!
Grosse Auswahl

Caspar
ROYAL PIANO KUNZ

Klavierbauer und -stimmer, Herzogstrasse 16
(Breitenrainplatz), Bern, Telefon 031 41 51 41

Das «Herz» des WAT

heisst Kapillar-Füllsystem!

Ein robustes, ein dauerhaftes, ein revolutionäres Herz!

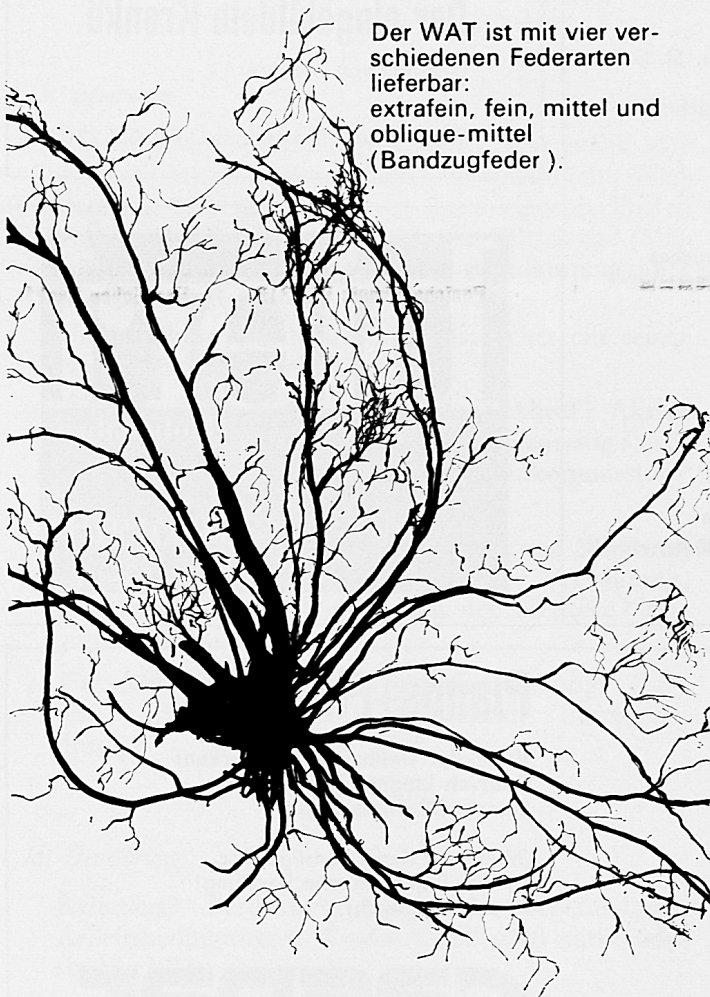
Weil es der Natur abgelauscht ist, ganz ohne Mechanik funktioniert und sich mit preisgünstiger, offener Tinte füllt.

Rund um dieses wirklich neuartige Füllsystem hat Waterman einen Schulfüller gebaut, der nie klecksen und schmieren kann.

Der WAT hat vier einzeln auswechselbare Bestandteile, die in jedem guten Spezialgeschäft für wenig Kosten erhältlich sind.

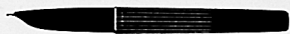
Das erspart teure und zeitraubende Reparaturen, das macht den WAT wirtschaftlich und ideal für den Schulgebrauch.

Der WAT ist mit vier verschiedenen Federarten lieferbar:
extrafein, fein, mittel und oblique-mittel (Bandzugfeder).



WAT von Waterman zu nur Fr.15.-!

JiF AG Waterman
Badenerstrasse 404
8004 Zürich



Wat von Waterman

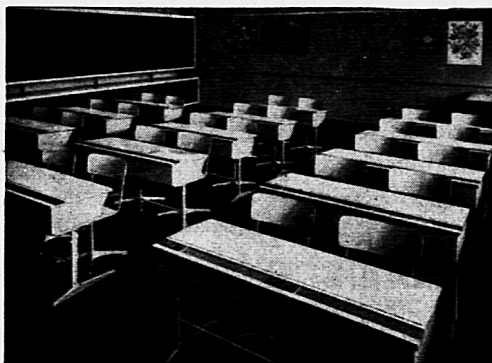
Schwallier
möbel
MÖBELFABRIK WORB E Schwallier AG

**Die Werkstätten
für neuzeitliche Wohnungseinrichtungen**

ZESAR SB

2501 Biel-Bienne

Ein Begriff für Schulmobiliar



Seit bald 40 Jahren stellen wir Schulmöbel her!
Eine grosse Auswahl von Modellen, die in enger Zusammenarbeit mit der Lehrerschaft entwickelt wurden, steht zu Ihrer Verfügung.
Telephon 032 225 94



Rolladen, Storen
Lamellenstoren
Jalousieladen, Kipptore
Reparaturen

HERMANN KÄSTLI & SOHN
Storenfabrik Bern Telephon 031 - 65 55 96



- So einfach ist
die neue elna!**

Bitte lösen Sie unsere Farben-Karten ein
Postcheckkonto III 3312 Herzlichen Dank!
BERNISCHER VEREIN FÜR FAMILIENSCHUTZ
6 unentgeltliche Rechtsberatungsstellen im Kanton

P. A. Hugentobler, 3000 Bern 22
Breitfeldstrasse 48 (Eingang Rütlistrasse)
Telephon 031 - 42 04 43 Tram Nr. 9
Dienstag bis Freitag 14.00–17.00 geöffnet

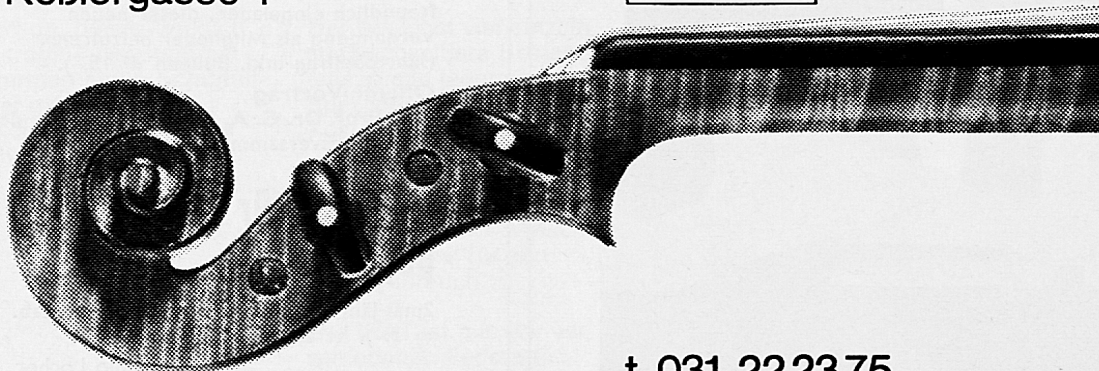
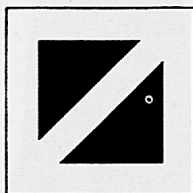


KINDERBOUTIQUE
IM SCHLUPF
GERECHTIGKEITSGASSE 15
TELEPHON 22 09 79

Ulrich W. Zimmermann

eidg. dipl.
Geigenbaumeister

Bern
Keßlergasse 4

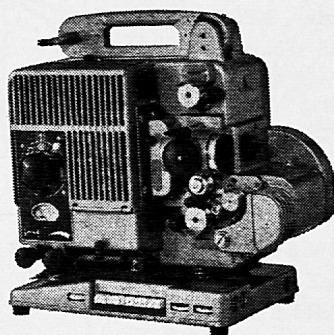


t 031 22 23 75


SIEMENS
«2000»

Für Licht- und Magnettonwiedergabe

*Ein leichter Projektor
für anspruchsvolle Lehrer!*



Einige seiner zahlreichen
Vorzüge:

- Stufenlose Geschwindigkeitsregelung
- Wartungsfreier Betrieb
- Einfachste Bedienung
- Filmschonendes Greifersystem
- Volltransistorierter Verstärker im Sockel des Projektors eingebaut
- Geringes Gewicht: nur 13 kg

Ich stelle Ihnen meine langjährige Erfahrung im Einrichten von Projektions- und Tonanlagen kostenlos zur Verfügung und stehe Ihnen auch nach dem Kauf mit Rat und Tat zur Seite.

Verlangen Sie ausführlichen Spezialprospekt über diesen vorzüglichen Schul-Projektor oder meinen für Sie unverbindlichen Besuch.

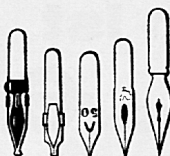
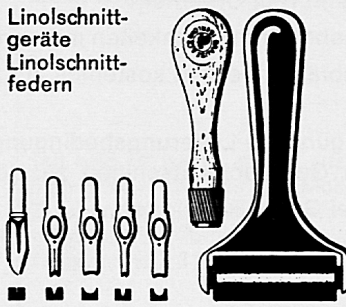
Renzo Cova

Schulhausstrasse, 8955 Oetwil a. d. L., Telefon 051 88 90 94

**In der
Schule
bewährt**



Linolschnitt-
geräte
Linolschnitt-
federn



Schreibfedern
Kunstschriftfedern
Zeichenfedern



Schulfüller mit
Kolben- oder
Patronensystem

Ernst Ingold + Co.

Das Spezialhaus für Schulbedarf

3360 Herzogenbuchsee

Tel. 063 531 01

Für den Unterricht in der Unterstufe:

Schiefertafeln:

12 Lagerlineaturen

Griffel:

Naturschiefergriffel

Kunstschiefergriffel

Farbgriffel in 6 verschiedenen Farben

Griffelspitzmaschinen

Schülerschwämmchen

natur und aus Kunststoff

Schwammdosen

aus Aluminium und Bakelit

Ernst Ingold + Co.

**Das Spezialhaus
für Schulbedarf**

3360 Herzogenbuchsee

Telefon 063 531 01

Inserieren im

Berner Schulblatt

bringt Erfolg

KLAVIER- stimmen und Reparaturen

Eigene Reparaturwerk-
stätte.

Bitte wenden Sie sich
vertrauensvoll an den
Fachmann

Pianohaus

Wernli

Bern, Wylerstrasse 15
Telephon 41 52 37

Vibraphone

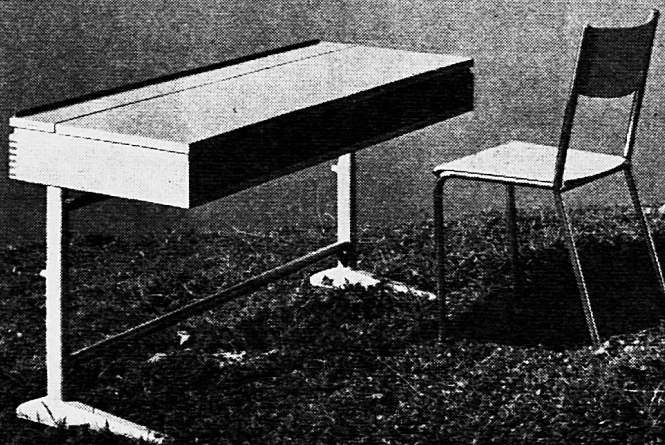
450.- 1250.- 1920.-
Miete Rep. Unterricht

Spitalgasse 4
Bern, Tel. 22 36 75



bigla

... auf der Höhe



Die idealen Schul- und Saalmöbel mit der langen
Lebensdauer. Neue Modelle — neuer Katalog

Bigler, Spichiger & Cie AG., 3507 Biglen, Tel. 031/68 62 21

UNFALL-, HAFTPFLICHT-, KRANKEN-, SACHVERSICHERUNGEN

MASCHINENBRUCH

**NATIONAL
VERSICHERUNG**

GENERALAGENTUR BERN

Hotelgasse 1 — Telephon 22 48 27

MOTORFAHRZEUG-HAFTPFLICHT, KASKO, INSASSENVERSICHERUNG

REISE, TRANSPORT

Handels- und Verkehrsschule Bern

Schwanengasse 11 Gegr. 1907

Telephon 031 - 22 54 44

Tageskurse: 19. April

Für Handel, Verwaltung, Sekretariat, Hotel

Für Bahn-, Post-, Zoll- und Tel.-Examen

Für Laborantinnen- und Hausbeamtinnenschulen

Für Arzt- und Zahnarztgehilfinnen

Diplomabschluss — Stellenvermittlung



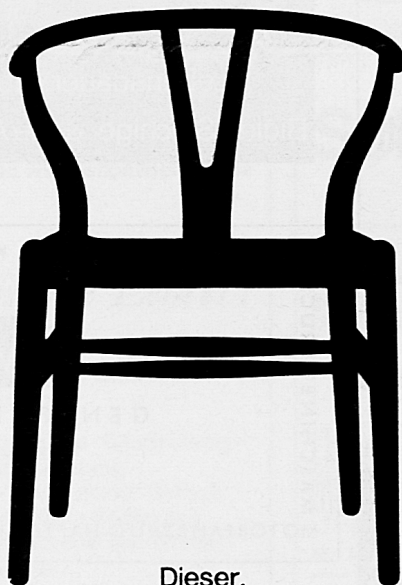
WOHNGESTALTUNG

HEYDEBRAND SWB

METZGERGASSE 30, BERN



Von diesen Stühlen ist für uns nur einer gut genug.



Dieser.

Jedes Jahr finden wir in Skandinavien eine Fülle von Stühlen. Aber beim einen müssen wir als Schreiner die Konstruktion bemängeln. Beim andern als

Kaufleute den Preis. Als Innenarchitekten die Form. Oder den Sitzkomfort. — In die engste Wahl dringen vielleicht zwei vor. Und vom einen können wir sagen, er

hält unserer Kritik stand. Er hat den Ruhm skandinavischer Wohnkultur mitbegründet. Den kaufen wir ein ...

rothen

3000 Bern — Telefon 031 / 41 94 94

10 Jahre das Beste aus Skandinavien — Hauptgeschäft Standstrasse 13 — Kleinausstellung am Kornhausplatz